

Kriegsgefangene und ihre Angehörigen eingerichtet. Jeder Heimkehrer erhält eine Unterstützung von 50 Mark. Es ist natürlich auch die Verpflichtung unserer Parteiorganisationen, den heimgekehrten Kriegsgefangenen jede sonst erdenkliche Hilfe zu erweisen, damit sie nicht nur die Verbindung mit unserer demokratischen Bewegung bekommen, sondern auch aktiv am demokratischen Aufbau mitarbeiten. Es ist bekannt, daß die Sorge der Angehörigen um die Heimkehr der Kriegsgefangenen von Schumacher zu einer erbärmlichen Hetze gegen die Sowjetregierung benutzt wurde mit der aus der Luft gegriffenen Behauptung, daß zwei Millionen Kriegsgefangene in der Sowjetunion verschwunden seien, über das Ergebnis der von ihm erlassenen Aufforderung an die Bevölkerung, ihm Meldung über ihre in der Sowjetzone befindlichen Kriegsgefangenen zu machen, hat Schumacher bisher keine Auskunft gegeben. Es ist bei diesen Hetzern immer wieder das gleiche Lied. Es kommt ihnen nicht auf die Hilfe, sondern auf die Hetze an. Genau so verhält es sich mit ihrer frechen Behauptung, daß in der sowjetischen Besatzungszone Tausende wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung verhaftet seien. Erst hinterher, nach einer monatelangen Hetze, fordern sie dazu auf, daß ihnen die Namen von angeblich Verhafteten übermittelt werden sollen. Es ist auf unsere Nachfrage bei der Sowjetischen Militärverwaltung versichert worden, daß niemand wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung verhaftet worden ist. (Hört! Hört!)

### **Der Kampf auf kulturellem Gebiet**

Die geistige Verwüstung, die durch die Kulturbarbarei des Hitlerfaschismus im deutschen Volke angerichtet wurde, stellt die Partei vor die große Aufgabe, eine völlige Neugestaltung unseres geistigen und kulturellen Lebens herbeizuführen und gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften den Kampf um diese Neugestaltung zu führen. Die wichtigste Aufgabe auf diesem Gebiet ist der Kampf um die demokratische Schul- und Erziehungsreform. Schon vor der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien wurde von ihnen gemeinsam im Oktober 1945 ein Aufruf zur demokratischen Schulreform herausgegeben, der die Hauptforderungen dieser Reform enthielt. Auch der Einheitsfrontausschuß machte sich diese Forderungen zu eigen. Die schwierigste Aufgabe war die Säuberung der Schule von den aktiven Nazi-Propagandisten und ihr Ersatz durch Neulehrer, die fähig sind, die Kinder im Geiste der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen. Vom Parteivorstand wurde durch eine von ihm geschaffene Kommission „Schule und Erziehung“